

Fragen der Initiative „Bürgerallianz“

Ulf Janicke, Jürgen Schmitz, Daniel Schorpp, Andrej Michalsen, Cornelia Wiethaler, Christian Kuhn

18.05.2024

1. Bürgerbeteiligung. Der Bund und das Land Baden-Württemberg unterstützen die Kommunen in Sachen dialogische Bürgerbeteiligung und sie fördern die Schaffung von Bürgerräten.

a) Wie stehen Sie zu dieser Form der Mitwirkung?

Der Austausch der kommunalen Entscheidungsträger mit der Bürgerschaft ist für beide Seiten ein Gewinn. Erfahrungen in Überlingen haben gezeigt, dass es erforderlich ist, vorab möglichst klar festzulegen, wie der Austausch stattfinden soll, welche Ressourcen dafür erforderlich sind und vor allem wie mit den Ergebnissen des Austauschs umgegangen wird.

Und ein solches Konzept muss von der Bürgerschaft dann auch angenommen werden. Das hat mit dem vom Gemeinderat eingeführten „8-stufigen Verfahren der Bürgerbeteiligung mit Koordinierungsgruppe“ leider nicht funktioniert, es ist von der Bürgerschaft und den Bürgerinitiativen nie genutzt worden.

Bei einem „Bürgerrat“ wäre die Klärung erforderlich, was ihn in Bezug auf die Repräsentativität von dem Rat der gewählten Vertreter der Bürgerinnen und Bürger (dem Gemeinderat) unterscheiden soll. Zudem könnte er unterschiedliche Formen der Ausgestaltung haben, eventuell auch projektbezogen.

b) Wenn Sie das Bürgerratsprinzip für Überlingen befürworten, bei welchen Themen und Projekten wäre, Ihrer Meinung nach, der Einsatz von Bürgerräten besonders geeignet?

Das lässt sich konkreter erst beantworten, wenn die Rolle eines „Bürgerrats“ (siehe a) klarer ist. Es gibt daneben noch weitere Beteiligungsformen, die sich für Projekte anbieten und ausgebaut werden könnten, siehe Verkehrs-Moderationsprozess, Kramer-Areal, Zimmerwiese, Fußgängerchecks, usw. Der Weg über „Zufallsbürger“ könnte helfen, diejenigen in einen inhaltlichen Austausch einzubeziehen, die sich sonst nicht zu Wort melden und von den „üblichen Engagierten“ regelmäßig überschattet werden.

2. Klima- und Umweltschutz. Parks, Grünflächen und Bäume sind die grünen Lungen unserer Stadt. Durch Nachverdichtung und neue Bauprojekte drohen sie – trotz zahlreicher Bürgerproteste – weiter reduziert zu werden. Was wollen Sie künftig tun um zu ihrem Erhalt und ihrer Erweiterung beizutragen?

Es gibt sowohl Proteste als auch Zustimmung zur Nachverdichtung. Nachverdichtung über Aufstockung bestehender Bauten führt nicht notwendigerweise zur Reduzierung von Grünflächen. Durch die Landesgartenschau ist es gelungen, große Grünflächen zu sichern und nachhaltig zu gestalten. Bebauungspläne sind aus meiner Sicht ein wichtiges Werkzeug, um Grünflächen und Baumstandorte zu erhalten.

3. Bauen und Wohnen. Viele Bürger können sich durch stark gestiegene Baukosten und hohe Mieten das Wohnen in Überlingen nicht mehr leisten. Wo und wie ließe sich in Überlingen bezahlbarer Wohnraum in bestehenden Bauten ermöglichen?

Was in bestehenden Bauten verändert werden kann, liegt in erster Linie im Ermessensbereich des Eigentümers. Die Stadt kann von außen versuchen, mit der Zweitwohnungssteuer und der Zweckentfremdungssatzung zu verhindern, dass Wohnraum der aktiven, regelmäßigen Nutzung entzogen wird. Auf Mietkosten kann sie nur bei Neubauten durch das Wohnbaulandmodell einwirken bzw. bei eigenen Gebäuden und Grundstücken es selbst in die Hand nehmen. Das geschieht derzeit beispielsweise bei Kiebler/Rauenstein und in der Turmgasse, ist aber auch für den zukünftig städtischen Teil des Kramerareals vorgesehen.

Daneben kann die Stadt von einer Erhöhung der Grundsteuer B absehen und versuchen, durch die neu eingeführte Grundsteuer C mehr Bauland dem Wohnraum zuzuführen und der Spekulation auf zukünftige höhere Marktpreise zu entziehen. In jedem Fall gibt es ein sehr großes Potential in bereits bestehendem, aber ungenutzten Wohnraum. Hier könnte auch eine städtisch geführte „Tauschbörse“ hilfreich sein, um ihn zu aktivieren.

4. Energieversorgung. Um die Energiewende und die dezentrale Energieversorgung zu schaffen sind viele Einzelmaßnahmen erforderlich. Für welche Einzelprojekte würden Sie sich einsetzen?

Aufklärungsarbeit zur Wärmedämmung und Installation von PV auf Privathäusern. PV auf städtischen Gebäuden installieren und so Vorbild sein. Unterstützung von Freiflächen-PV und Agri-PV, auch von Windenergie. Ausbau von regenerativer Energie für die Therme. Besseres Licht- und Energiemanagement in den städtischen Gebäuden. Bessere Nutzung bestehender Gebäude statt Neubau (in Bezug auf Wohnen, Vereine, usw.).

5. Verkehr. Die mittelalterliche Kernstadt ist die gute Stube Überlingens, aber für hohes Verkehrsaufkommen nicht geschaffen.

a) Wie und mit welchen Mitteln wollen Sie die Verkehrsberuhigung in der Altstadt weiter voranbringen?

So, wie es zur Zeit geschieht und umgesetzt wird: Weniger Durchgangsverkehr, Umwandlung in verkehrsberuhigte Bereiche, bessere Bedingungen für Fußgänger und Radfahrer. Das Konzept, das der Gemeinderat beschlossen hat und Schritt für Schritt umsetzt, ist gut.

b) Wie stehen Sie zu TEMPO 30 in allen Stadtteilen?

Bis auf Nußdorferstraße, Lippertsreuterstraße und Frohsinn/Schillerstraße herrscht eigentlich überall in der Kernstadt Tempo 30. Es wäre gut, wenn die Stadt die Möglichkeit hätte, in weiteren Bereichen (z.B. bei Andelshofen) Tempo-30-Zonen eigenständig festzulegen. Dazu ist sie dem Städtebündnis beigetreten, das eine entsprechende gesetzliche Änderung einfordert.

Vorstellbar ist auch, die gesamte Kernstadt als Tempo-30-Zone auszuweisen, denn schneller geht es an den Stellen, wo heute noch Tempo 50 möglich ist, schon jetzt nicht, und die Sicherheit der Radfahrer in der innerstädtischen Lippertsreuterstraße würde dadurch deutlich erhöht.

6. Kultur. Der Kulturbetrieb in unserer Stadt wird hauptsächlich durch Privatinitiativen getragen. Wie könnte die Stadt verstärkt Kulturförderung betreiben?

Die Aussage im ersten Satz ist überhaupt nicht richtig: Städtische Veranstaltungen und Ausstellungen in Fauler Pelz und Museum, Veranstaltungen der städtischen Musikschule, der Stadtkapelle, der Jugendorchester, die Stadtbücherei samt Veranstaltungen, Jugendreferat samt Veranstaltungen für die Jugend, von der ÜMT organisierte Veranstaltungen – um nur ein paar Beispiele des von der Stadt getragenen und organisierten Kulturbetriebs zu nennen.

Dennoch ist es wichtig, private Initiativen zu fördern, beispielsweise Kulturschutzgebiet e.V., Kunstakademie, Sommertheater, SKID-Veranstaltungen. An erster Stelle muss die aktiv gezeigte Wertschätzung dieser Initiativen stehen, das ist bisher nicht ausreichend der Fall. Auch eine bessere Koordinierung wäre gut. Wichtig ist auch, die Kapuzinerkirche auf eine Weise zu ertüchtigen, dass Initiativen sich diesen Veranstaltungsort leisten können.

7. Schutz und Sicherheit. Durch die Zunahme von Extremwetterlagen rückt der Katastrophenschutz immer mehr ins Bewusstsein der Bürger. Sie erwarten auch immer mehr Informationen von den Entscheidungsträgern und Teilhabe an der Katastrophenschutz-Planung. Welche Möglichkeiten sehen Sie bei diesem Projekt, die Bürger stärker einzubinden?

Diese Erwartung habe ich bisher so nicht wahrgenommen und müsste hierzu erst nähere Informationen einholen, um sinnvolle Vorschläge zu machen.